

DER TAGESSPIEGEL

Grün-Schwarz in Berlin
Dabei sein ist alles

Platz drei in der Publikumsgunst - da fühlt die Berliner CDU sich wohl. Dass man jetzt ein paar Prozentpunkte näher an die Grünen gerückt ist, dürfte das Wohlgefühl verstärken. Dessen Ursache lautet: Ein Wahlausgang mit Klaus Wowereit als 30-Prozent-Sieger und Renate Künast auf Platz zwei mit 25 oder 26 Prozent macht die CDU zum potenziellen Partner - für beide. Grün-Schwarz hat dabei eine gefühlte Wahrscheinlichkeit für sich. Denn Künast will Wowereit ablösen und selbst regieren. Wenn es ihr um ihre Karriere geht, dann muss sie den Wahlkampf nach der Wahl weiterführen: indem sie sich ins Rote Rathaus koalitioniert. Zugegeben, mancher Grüne würde mit politischen Hautreizungen den Koalitionsgesprächen folgen. Doch so etwas Zahmes wie die Berliner CDU zum Mitregieren findet sich in der ganzen Republik nicht mehr. Die Hauptschule haben sie vor der Bundes-CDU abgeschafft. Dem Forschungsreaktor des Hahn-Meitner-Instituts würden sie mit leichter Hand den Strom abdrehen. Und längst haben die Strategen in der Hauptstadt-CDU „Bürgerbeteiligung“ zur Devise gemacht. Sie wollen dabei sein. Um jeden Preis. Sie würden Künast dienen und das noch „Modell“ nennen.

— Seite 8

STUTTMANN



Mittes fetter Brocken

Das Schloss kommt, aber was soll hinein? Es ist höchste Zeit für eine öffentliche Debatte

VON LOTHAR HEINKE

Als sie den Palast der Republik mit zig Millionen Steuergeldern bauten, fragten die Leute: Was soll das? Angeberei? Komödiensattel für Funktionäre? Protz- und Lampenladen? Aber dann, als es sich eingespielt hatte, kam alles anders. Das Volk ging ein und aus, amüsierte sich prächtig und schob eine ruhige Bowlingkugel, wo einst der Kaiser seine Weinflaschen gelagert hatte.

Als sie jahrelang um das Holocaust-Mahnmal stritten und manche nicht wussten, was sie mit dem Steinhaufen in der teuren Mitte der Stadt anfangen sollten, erhoffte sich und seinem Volk der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder „einen Ort, zu dem man gerne hinget“. Und siehe: Heute gehört das

Mahnmal unverzichtbar zum touristischen Programm eines jeden Berlin-Besuchers, und am Eingang zum Ort der Information über Deutschlands Schande stehen sich die Leute die Beine in den Bauch. Eines fernen Tages wird ein Regierungschef (Angela Merkel? Peer Steinbrück?) auf dem Schlossplatz stehen, ein Band durchschneiden, die Kapelle spielt vielleicht die „Berliner Luft“ oder „Wir wollen unser'n alten Kaiser Willem wiederha'm“, wahrscheinlich aber die Nationalhymne, und dann ist es vollbracht: Das Schloss ist offen für jedermann. Wenn wir alle etwas älter geworden sind, strömen die Leute in diesen Bau. Er wird eine große Attraktion. Und schon heute darf sich der Schlosskämpfer der ersten Stunde, Wilhelm von Bodien, als Gewinner des zähen Ringens um den Wiederaufbau des

protzigen Kastens im Herzen der Stadt feiern lassen. Der Anfang ist gemacht, das Ende dennoch offen.

Da ist zunächst die Sache mit dem Geld. Fast 600 Millionen Euro sind kein Pappenstiel, aber die Erfahrung mit der Finanzierung öffentlicher Bauten lehrt uns, dass immer wieder neue Begebenheiten die Kosten nach oben treiben. Im Bundestag wurde sicher nicht zum letzten Mal über eine Gehaltserhöhung für den Schlossbau abgestimmt. Dann dieses Problem mit dem Prunk und Protz im einstigen Schloss: Kommt das wieder? Schließlich arbeiten die Steinbildhauer schon lange am Fassadenschmuck und am Stuck der alten Zeit im Innern des Hauses. Wer soll das bezahlen? Wir alle natürlich - in einem reichen Land, das heute noch nicht genau weiß, wie arm es in zehn Jahren sein wird.

Aber das Wichtigste ist ja der Inhalt. Der Begriff „Humboldtforum“ soll alle Schlossgegner besänftigen, gegen unseren weltreisenden Forscher ist nun wirklich nichts zu sagen. Doch schon der Plan der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, den Sammlungen des Ethnologischen und des Museums für Asiatische Kunst den größten Raum zu geben, wurde beschlossen und verkündet - wo sind die Alternativen? Gab es je eine öffentliche Debatte? Wieso wird ein ganzes Geschoss dem stillen Leben von Bibliotheken zur Verfügung gestellt, um nicht zu sagen: geopfert?

Einer Stadt, die jahrelang über Bahnhofsvorplätze diskutiert, sollte der Inhalt seiner neuen historischen Kiste nicht wie ein fetter Braten vorgesetzt werden. Denn wir sollen ihn doch alle schlucken - und richtig lieb haben.

PORTRÄT



HARALD LEIBRECHT OBERSTER TRANSATLANTIKER:

„Sie sind nicht einfach andere Europäer“

Ignoranz gegenüber Deutschland hat der neue Amerika-Berater Harald Leibrecht in den USA schon häufig erlebt. Nicht immer nimmt sie so krasse Formen an wie bei seinem Auftritt vor einer Schulklassen in Chicago. Als der FDP-Bundestagsabgeordnete mit deutschem und US-Pass über „Germany“ sprach, wollte ein Schüler wissen: „Which subway station is it?“ („An welcher U-Bahn-Station liegt das denn?“)

Die Entscheidung für den 49-jährigen, die das Kabinett am Mittwoch bestätigte, bedeutet einen kleinen Traditionsbruch. Alle transatlantischen Koordinatoren konnten auf eindrucksvolle Karrieren zurückblicken, als sie ihr Büro im Auswärtigen Amt bezogen. So war Vorgänger Hans-Ulrich Klose (SPD) in Berlin und in Washington vorzüglich vernetzt. Der frühere Hamburger Bürgermeister und SPD-Fraktionschef hatte das Amt im Januar aus persönlichen Gründen niedergelegt. Auch Karsten Voigt oder Hildegard Hamm-Brücher spielten in der politischen Oberliga. Dagegen ist Leibrecht bisher weder im Bundestag noch in transatlantischen Stiftungen ein Name. In seiner Fraktion galt er als liebenswürdiger Kollege, nicht als politisches Schwergewicht.

Dass er große Fußstapfen vorfindet, leugnet der Neue nicht. Doch er sieht sich gut gerüstet. Mit Amerika verbinden ihn seine Familiengeschichte, Studienaufenthalte und ständige Kontakte. Geboren wurde er 1961 in Evanston nahe Chicago, wo sein Vater als Professor für Philosophie an der Northwestern University lehrte. Besonders in den US-Wissenschaftsbetrieb pflegt der Liberale enge Verbindungen. Bis vor wenigen Jahren gehörte seiner Familie die „Schiller International University“, die in sechs Ländern international ausgerichtete Studiengänge anbietet.

Die Deutschen warnen der Politiker vor der Gefahr, den Mentalitätsunterschied zum Partner zu unterschätzen. „Amerikaner sind nicht einfach andere Europäer“, sagt er. Um Verständnis werben will er nach beiden Seiten. So könnten die Deutschen gesellschaftliche Toleranz lernen, die Amerikaner im Bereich soziale Sicherung oder ökologische Technologie profitieren.

Vor allem auf die Zivilgesellschaft will sich Leibrecht konzentrieren. Denn selbstverständlich ist ein enges Einverständnis zwischen beiden Gesellschaften im Zeitalter der Globalisierung längst nicht mehr. „Wir müssen aufpassen“, sagt der Koordinator, „dass das positive Deutschland-Bild nicht schwindet.“ Seinen Teil dazu will er beitragen. HANS MONATH

Duisburg und die Loveparade 2010
Meister ohne Bürger

Ein Jahr, nachdem auf der Loveparade in Duisburg 21 junge Menschen starben, ist die Stadt noch immer damit befasst, das Unglück zu verkräften. Und die Duisburger glauben zu wissen, wer für den andauernden seelischen Ausnahmezustand verantwortlich ist - ihr Bürgermeister, Adolf Sauerland. Das mag man ungerecht finden. Juristisch ist Sauerland nichts vorzuwerfen. Gegen ihn wird nicht ermittelt. Doch die Stadt hätte nach dem Unglück jemanden anderen an der Spitze gebraucht, einen, der frei ist, der die Trauer hätte öffentlich begleiten, Initiativen ergreifen können. Sauerland, angefeindet und verbissen, Öffentlichkeitsscheu und defensiv, konnte das nicht. Ein Mahnmal zu stiften und einzuweihen, mussten die Bürger in die Hand nehmen. Selbst, was nun als späte „Entschuldigung“ verkauft wird, ein Halbsatz aus einem Film des WDR, ist in Wahrheit keine. „Das hätte von mir kommen müssen“, sagt Sauerland und meint, er hätte gleich, vor einem Jahr, die moralische Verantwortung übernehmen und sich entschuldigen müssen. Und tut es dabei noch immer nicht. Dabei wäre der Jahrestag eine gute Gelegenheit für einen Neubeginn. Auch für den Bürgermeister.

— Seite 28

Hilflose Helfer

An diesem Samstag erklärt der Südsudan seine Unabhängigkeit, am kommenden Mittwoch wird der UN-Sicherheitsrat unter Vorsitz von Bundesaußenminister Guido Westerwelle das Land für die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen vorschlagen. Westerwelle möchte dazu beitragen, dass „zwei stabile sudanesischen Staaten in guter Nachbarschaft miteinander leben.“

Das wird schwer. Die wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren des Südsudan gehören zu den schlechtesten der Welt. Das Land hat keine funktionierende Verwaltung, Polizei, Justiz, Bildungs- oder Gesundheitssystem. Es ist voller Waffen und noch nicht demobilisierter Kämpfer - die Armee ist überdimensioniert und undiszipliniert. Der Staatshaushalt verlässt sich allein auf Öleinnahmen und Mittel ausländischer Geber, das Steueraufkommen ist

klein. Verkehrsverbindungen in die übrigen Teile des Landes, das so groß ist wie die iberische Halbinsel, sind schlecht.

Außer einer diffusen Leidensgeschichte eint die ethnischen Gruppen, die den Südsudan ausmachen, wenig. Es gibt viele lokale Konfliktherde, in denen es um Land, Vieh und die Macht rivalisierender Ethnien geht - 1600 Tote sind dieses Jahr bereits in Kämpfen zu beklagen, weit mehr als in der Krisenregion Darfur. Die Beziehungen zum Nordsudan sind in vielen Punkten ungeklärt. Gleichzeitig erwarten die Südsudaner schnell eine Friedensdividende - und für viele der neuen Machthaber, die sich aus der Rebellenarmee speisen, heißt der Übergang in die Unabhängigkeit allzu oft vor allem das Auszahlen einer Friedensdividende an sich selbst und die erweiterten persönlichen Netzwerke. Von wenigen Ausnahmen

abgesehen ist eine breite südsudanesischen Elite, die sich um das öffentliche Gut sorgt, nicht in Sicht. Kurzum: Alle Zutaten für einen gescheiterten Staat, einen „failed

gion. Dass es nicht dazu kommt, dafür soll eine UN-Friedensmission sorgen, die diese Woche vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wird. Wie so oft liest sich das Man-

POSITIONEN



Foto: Matthias Erfurt

Der Südsudan wird unabhängig - entsteht ein Staat, der scheitert?

VON THORSTEN BENNER

state“, sind im Südsudan vorhanden. Damit würde der Südsudan zum Sicherheitsrisiko nicht nur für die eigene Bevölkerung, die Jahrzehnte des Leidens hinter sich hat, sondern für die gesamte Re-

dat dieser Mission jedoch wie ein Wunschkonzert: Schutz von Zivilisten, Sicherheitssektorreform, Polizei- und Justizaufbau, Reintegration zu entwaffnender Kämpfer, Menschenrechtsschutz, Wahl-

unterstützung - das sind einige der Eckpfeiler des Mandats.

Prioritäten allerdings fehlen genauso wie Ressourcen. Militärisch wird es den 7000 vorgesehenen Blauhelmen an Ausrüstung (Logistik, Transport- und Kampfhubschrauber) und Aufklärungskapazitäten (Satelliten, Drohnen) fehlen. Sie können sich oft kaum selbst schützen und haben selten den politischen Willen, in innersudanesischen Konflikte einzugreifen. Westliche Armeen (Deutschland inklusive) stellen für Einsätze in Afrika meist weder ausreichend Soldaten noch logistisches Gerät zur Verfügung - und die einladenden Regierungen (wie die des Südsudan) wehren sich gegen effektive Aufklärungskapazitäten auf Seiten der Blauhelme.

Deutschland will nur maximal fünfzig Soldaten in den Südsudan schicken. Statt dessen sollte Deutschland mit gutem Beispiel

vorangehen und im europäischen Verbund den Beitrag zur Mission im Südsudan erhöhen sowie auf realistische Ziele drängen. Ende 2010 sprach Guido Westerwelle mit Blick auf Afghanistan von „Good Enough Governance“ - einer ausreichend guten Regierungsführung als Ziel. Dies lässt sich auf den Südsudan übertragen. Wenn in zehn Jahren im Süden wie im Norden einigermaßen lebensfähige Staaten existieren, deren Eliten angefangen haben, sich um die Bereitstellung öffentlicher Güter für ihre Bürger zu kümmern, wäre viel erreicht.

— Der Autor ist Mitbegründer und Vize-Direktor des Global Public Policy Institute in Berlin. Von ihm erschien jüngst bei Oxford University Press das Buch „The New World of UN Peace Operations: Learning to Build Peace?“ (mit Stephan Mergethaller und Philipp Rotmann).

HEUTE AUF TAGESSPIEGEL.DE

- POLITIK : BERLIN : WIRTSCHAFT : SPORT : KULTUR : WELT : MAGAZIN : MEINUNG : MEDIEN : WISSEN



Flugrouten und das alte Lied

Der Westen hat gewonnen, der Osten hat verloren, kennen wir ja schon, seit mehr als zwanzig Jahren dasselbe. Um die Routenplanung der Deutschen Flugsicherung wird ein riesiges Ost-West-Getöse gemacht, das aber eigentlich gar nichts mit einem klassischen Ost-West-Konflikt gemein hat, schreibt Chefredakteur Lorenz Maroldt. Den „Kontrapunkt“ finden Sie unter: www.tagesspiegel.de/meinung



Flucht vor Frauenfußballverstehern

„Frauenfußball ist ein Problem. Plötzlich muss man sich dazu irgendwie verhalten, jetzt wo diese Weltmeisterschaft läuft. Daher habe ich mich entschieden, beim Hype nicht mehr mitzumachen. Einfach mal rausfahren aus Kreuzberg, dieser Hochburg der Frauenfußballverstehere. Dort gibt es im Lido Public Viewing.“ Den Tagestipp von Till Heinen lesen Sie unter: www.tagesspiegel.de/tagestipp



Auf Bullenjagd

Sie sind alle wieder da: Schaulustige, Bullen und Tierschützer. In Pamplona werden wieder bis 14. Juli jeden Tag sechs Kampfstiere durch die Altstadt getrieben, ehe sie abends in der Arena von Toreros getötet werden. Bei der ersten Hetzjagd hat es wieder mehr als 20 Verletzte gegeben. Bilder des umstrittenen Spektakels finden Sie auf unserer Internetseite unter: www.tagesspiegel.de/fotostrecken



Der Hingucker: Das besondere Bild

Schlechtes Wetter ist unangenehm, aber es geht immer noch eine Nummer größer. Auf dem Ringplaneten Saturn tobt ein Gewittersturm, der acht Mal so groß ist wie die Erde. Ein beeindruckendes Ereignis - wenn man weit genug entfernt „im Trockenen“ sitzt. Weitere ungewöhnliche und kuriose Fotos präsentieren wir in unserer Bildergalerie „Der Hingucker“, zu finden unter: www.tagesspiegel.de/fotostrecken

WEITERE THEMEN

SOZIALE NETZWERKE
Der Tagesspiegel auf Facebook und Twitter
Verfolgen Sie aktuelle Geschehnisse und Debatten von Tagesspiegel.de auch auf Facebook und Twitter.
www.facebook.de/tagesspiegel
http://twitter.com/tagesspiegel_de

WETTER
Wie geht es weiter mit dem Wetter?
Die sommerliche Wärme ist zurück. Aber bleibt es auch trocken? Wie das Wetter in den kommenden Tagen in Ihrem Bezirk wird, erfahren Sie unter:
www.tagesspiegel.de/wetter

VIDEO
Aktuelle Nachrichten vom RBB
Beiträge der Abendschau und anderer Nachrichtensendungen des RBB können Sie im Rahmen unserer Kooperation unter folgender Adresse sehen:
www.tagesspiegel.de

THEMEN-ALARM
Per E-Mail oder SMS informiert
Sie interessieren sich für ein bestimmtes Thema und wollen keinen Tagesspiegel-Artikel dazu verpassen? Wir informieren Sie per E-Mail oder per SMS.
www.tagesspiegel.de/themen-alarm